

Kurzbericht

Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung

(32. - öffentliche - Sitzung am 1. März 2024)

Tagesordnung:

1. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Architektengesetzes, des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes und der Niedersächsischen Bauordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 19/3279](#)

Der Ausschuss führt zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört werden:

- Ingenieurkammer Niedersachsen
- Architektenkammer Niedersachsen
- Verband der freien Berufe im Lande Niedersachsen e. V.
- Bund Deutscher Architektinnen und Architekten Niedersachsen e. V.
- Bund Deutscher Baumeister e. V. - Landesverband Niedersachsen

2. **Niedersachsens Energiepotenzial effizient nutzen - die Herausforderungen von Energie, Industrie und Fläche lösen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen -

[Drs. 19/2234](#)

Der Ausschuss führt die Mitberatung durch. Er empfiehlt dem - federführenden - Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag unverändert anzunehmen:

Zustimmung: SPD, GRÜNE

Ablehnung: CDU, AfD

Enthaltung: -

3. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum Verfahren der Schlussabrechnungen der Corona-Wirtschaftshilfen**

Der Ausschuss stimmt dem Antrag auf Unterrichtung einvernehmlich zu. Danach nimmt er die Unterrichtung entgegen und führt eine Aussprache.

4. **Antrag auf Unterrichtung durch die Landesregierung zum geplanten Finanz- und Geschäftsmodell der neuen Landeswohnungsgesellschaft**

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion der CDU, die Unterrichtung in mündlicher Form entgegenzunehmen, mit der Stimmenmehrheit der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und der Stimme der Fraktion der AfD ab.

Anschließend beschließt er auf Antrag der Koalitionsfraktionen mit deren

Stimmen und der Stimme der Fraktion der AfD - bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU -, die Unterrichtung in schriftlicher Form entgegenzunehmen.

Die Fraktion der CDU äußert die Erwartung, dass die schriftliche Unterrichtung zeitnah, bis zur nächsten Ausschusssitzung oder gegebenenfalls bis zum nächsten Plenarsitzungsabschnitt, erfolgt.

5. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss beschließt, die Sitzung am 30. September 2024, in der die Haushaltsberatungen durchgeführt werden sollen, auf den 27. September 2024 - im Anschluss an die Plenarsitzung - vorzulegen.

Er vereinbart, in der Sitzung am 5. April 2024, die schon um 10 Uhr beginnen soll, die Stellungnahme gemäß § 28 Abs. 4 GO LT zum Entwurf eines Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land und von Freiflächen-Photovoltaikanlagen sowie zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften abzugeben, zu der er vom Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz gebeten worden ist.